
Protokoll
über die 11. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr am
04.06.2015

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:44 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzender

Brauer, Hagen Dr.
entsandt durch CDU-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Badenschier, Rico Dr.
entsandt durch SPD-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Walther, André
entsandt durch Fraktion DIE LINKE

ordentliche Mitglieder

Block, Wolfgang
entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Federau, Petra
entsandt durch ZG AfD
Fischer, Frank
entsandt durch SPD-Fraktion
Forejt, Manfred
entsandt durch CDU-Fraktion
Friedrich, Jürgen
entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Teubler, Ulrich
entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

ab 17.39 Uhr

stellvertretende Mitglieder

Steinmüller, Rolf

beratende Mitglieder

Bremer, Michael
entsandt durch Behindertenbeirat

Verwaltung

Boneß, Brigga
Künze, Volker
Nottebaum, Bernd
Pichotzke, Bernd
Reinkober, Günter Dr.
Smerdka, Bernd-Rolf Dr.
Stockfisch, Birgitt
Wilczek, Ilka

Gäste

Rabe, Burkhard
Stechbarth, G.

Leitung: Dr. Hagen Brauer

Schriftführer: Monika Fender

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 10. Sitzung vom 07.05.2015 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
 - 3.1. Ständiger Tagesordnungspunkt: Bauvorhaben Brücke Wittenburger Straße
 - 3.2. Vorstellung des Bauvorhabens Graf-Schack-Allee 10 (Bauherr/Entwurfsverfasser)
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

- 4.1. Städtebaulicher Vertrag (Erschließungsvertrag) zum Bebauungsplan Nr. 77.11 "Alte Waisenstiftung"
Vorlage: 00263/2015
- 5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
- 5.1. Entlastung der Rogahner Straße
Vorlage: 00320/2015
- 5.2. Modellversuch zur Nutzung von Pfandringen initiieren
Vorlage: 00312/2015
- 5.3. Aktualisierung des Behindertenstadtplanes
Vorlage: 00313/2015
- 5.4. Gesamtkonzept Lankower See - Ordnungsgemäße Beschlusslage herbeiführen
Vorlage: 00323/2015
- 5.5. Erhalt der Hochhäuser Rostocker Straße 5, 6 und 7
Vorlage: 00306/2015
- 6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Herr Dr. Brauer, der Vorsitzende, eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Gäste. Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

**zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 10. Sitzung vom 07.05.2015
(öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Herr Forejt wünscht, dass unter dem Punkt 6 „Sonstiges“ der letzte Satz: „Es sollte nach einer Möglichkeit gesucht werden das Bauland zu blockieren“, gestrichen wird.

Herr Friedrich ergänzt, dass ebenfalls unter Punkt 6 „Sonstiges“ folgender Satz entsprechend geändert wird: „Herr Prösch bemerkt, dass zur Pflege der Bepflanzungen am Franzosenweg ein Pachtvertrag abgeschlossen werden soll, der die Abfallbeseitigung von Ästen etc. auf der Straße regelt.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Änderungen wird das Protokoll der 10. Sitzung des Ausschusses (hier: öffentlicher Teil) mit einer Enthaltung bestätigt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr Dr. Smerdka informiert darüber, dass die Bauarbeiten zur Alexandrinenstraße abgeschlossen sind und diese somit wieder befahrbar ist. Auch das Parken in der Arsenalstraße ist einseitig wieder möglich. Ab dem 15.06.2015 beginnen voraussichtlich die bauvorbereitenden Maßnahmen für die Bauarbeiten in der Schelfstraße. Diese Bauarbeiten werden in zwei Bauabschnitte aufgeteilt. Der erste Bauabschnitt erfolgt von der Landreiterstraße bis zum Netto in der Schelfstraße und soll bis Ende diesen Jahres fertig gestellt werden. Der zweite Bauabschnitt erfolgt von der Schelfstraße bis zum Schelfmarkt und soll ab nächstes Jahr saniert werden. Es wird zu Straßensperrungen kommen, der Bus soll jedoch möglichst auf einer Fahrbahn durchfahren können. Des Weiteren wird über Bauarbeiten in der Mettenheimerstraße informiert. Dort erfolgen Bauarbeiten der Firma STRABAG und außerdem soll der Fußweg erneuert werden. Im Bedarfsfall kommt durch die Firma STRABAG eine Baustellenampelanlage zum Einsatz.

Herr Forejt bittet um Auskunft, ob die Anwohner zu den Bauarbeiten in der Schelfstraße informiert wurden.

Herr Dr. Smerdka teilt mit, dass diese Information an die Anwohner jetzt parallel läuft.

Herr Nottebaum berichtet zur Erstaufnahme von vorerst 100 Flüchtlingen in der Unterkunft Stern Buchholz. Es verlief alles planmäßig. Weiterhin wird mitgeteilt, dass die Stadt ein Klageverfahren zum Thema Stellplätze in Vorgärten in der Schelfstadt gewonnen hat.

Herr Dr. Reinkober gibt eine kurze Zusammenfassung zur Vereinsmitgliederversammlung „Am Winkel.“

zu 3.1 Ständiger Tagesordnungspunkt: Bauvorhaben Brücke Wittenburger Straße

Bemerkungen:

Herr Dr. Smerdka informiert darüber, dass die Bauarbeiten im planmäßigen Zeitplan liegen.

An diesem Wochenende wird nachts die Landungsbrücke montiert. Darauf das Wochenende wird die Brücke dann abgebaut. In diesem Zeitraum wird es zu Straßensperrungen kommen.

Im Juli wird es drei weitere Termine geben, an denen nachts gearbeitet wird.

Herr Teubler möchte erfahren wo Straßensperrungen erfolgen werden.

Herr Dr. Smerdka teilt mit, dass es an der Reiferbahn einseitig von Samstag ab 18 Uhr bis Montagabend zu einer Sperrung kommen wird. Zum Einkaufszentrum wird man jedoch trotzdem fahren können.

Weiterhin wünscht Herr Teubler zu erfahren ob es zu Anwohnerbeschwerden gekommen ist.

Herr Dr. Smerdka berichtet, dass es zu Beschwerden der Gastronomiebetreiber in der Arsenalstraße gekommen ist. Des Weiteren kam es zu Beschwerden von Anliegern in der Wittenburger Straße bezüglich der Parkplatzsituation. Hierzu wurde der Parkplatz an der Ecke Wittenburger Straße und Fritz-Reuter-Straße geschaffen. Weiterhin wurde von der Verwaltung die Möglichkeit eingeräumt, dass die Anlieger bei Nacharbeiten in ein Hotel untergebracht werden. Dieses Angebot wurde von zwei Bürgern in Anspruch genommen.

zu 3.2 Vorstellung des Bauvorhabens Graf-Schack-Allee 10 (Bauherr/Entwurfsverfasser)

Bemerkungen:

Herr Stechbarth und Hr. Rabe stellen den neuen Entwurf zum Bauvorhaben vor. Es werden die Änderungen nochmal genauestens erläutert. Herr Rabe erwähnt dabei, dass eine Vorstellung beim Gestaltungsbeirat Carta Baukultur ebenfalls erfolgt ist. Dieser befürwortet den neuen Entwurf.

Herr Dr. Reinkober informiert über eine Begutachtung des Bauvorhabens vor zwei Wochen.

Dabei wurde auch über eine entsprechende Anpassung diskutiert, die jetzt zum großen Teil im neuen Entwurf umgesetzt wurde. Dennoch muss der Entwurf durch das UNESCO Welterbe in Berlin und dem Landesamt für Denkmalpflege bestätigt werden.

Herr Dr. Brauer findet den neuen Entwurf durchaus besser, allerdings sei das Gebäude an der dafür vorgesehenen Stelle nicht passend.

Herr Walther bittet um Historie des Vorgängergebäudes an der Stelle. Warum wurde dieses Haus abgerissen.

Herr Dr. Reinkober erläutert, dass diese Gebäude zu DDR Zeiten ein Wohnhaus war, welches auch unter Denkmalschutz stand. Ein Lübecker Arzt hatte ein gutes Geschäftsmodell, welches später jedoch nicht umgesetzt wurde.

Seit Anfang der 90er stand das Gebäude für 15 Jahre leer. Nachdem der Denkmalschutz entfiel, erfolgte der Abriss des Gebäudes. Dann erfolgte ein Weiterverkauf an einen Armenier. Dieser beauftragte einen Architekten einen neuen Entwurf zu erstellen, welcher dann auch genehmigt wurde.

Herr Teubler steht dem neuen Entwurf nicht ablehnend gegenüber. Einige Details könnten jedoch noch verbessert werden in dem Entwurf.

Herr Forejt sieht in dem neuen Entwurf auch eine Verbesserung.

Frau Federau kann sich mit den Ansichten in den oberen Etagen im neuen Entwurf nicht anfreunden. Hier war der Vorentwurf deutlich besser.

Herr Dr. Reinkober schlägt vor das Thema noch einmal im nächsten Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr zu diskutieren. Auch die entsprechende Befreiung zu diesem Thema sollte verschoben werden.

Herr Nottebaum befürwortet dies. Allerdings sollte auch die Stellungnahme vom Gestaltungsbeirat bei den Diskussionen berücksichtigt werden. Das Protokoll der letzten Sitzung des Gestaltungsbeirates wird für die Ausschussmitglieder mit an das Protokoll des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr beigelegt.

Alle Ausschussmitglieder sowie Bauherr/ Entwurfsverfasser sind mit der Verschiebung einverstanden.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 4.1 Städtebaulicher Vertrag (Erschließungsvertrag) zum Bebauungsplan Nr. 77.11 "Alte Waisenstiftung" Vorlage: 00263/2015

Bemerkungen:

Herr Pichotzke und Frau Stockfisch stellen den Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan vor.

Herr Forejt wünscht zu erfahren, ob der Weg vor den Bootshäusern zur Schwanenhalbinsel mit in dem Städtebaulichen Vertrag berücksichtigt wird.

Herr Pichotzke erläutert den Verlauf der Weiterführung der Schlosspromenade an der Amtsstraße und weitere Wegeanbindungen.

Frau Stockfisch ergänzt, dass dies auch im Städtebaulichen Vertrag in der Anlage 1 zu erkennen ist.

Herr Friedrich bemerkt, dass §7 des Städtebaulichen Vertrages gestrichen werden könnte, da sich der Geothermie Standort für die Stadtwerke geändert hat.

Herr Pichotzke weist daraufhin, dass dieses Gebiet laut B-Plan als Geothermiefläche ausgewiesen ist und die Nutzung des Standortes durch die Stadtwerke für eine Wärmeübergabe Station erhalten bleibt.

Herr Teubler bittet um Auskunft, ob die Geothermieflächen für die Öffentlichkeit gesperrt sind.

Herr Pichotzke teilt mit, dass diese Fläche Teil des nördlichen Grünzuges ist. Diese gestaltete Grünfläche ist öffentlich zugänglich. In dieser Grünfläche wird nur das Funktionsgebäude der Stadtwerke wahrnehmbar sein.

Herr Walther möchte erfahren, ob die Fläche nicht einfach ausgeschlossen werden kann.

Herr Pichotzke verneint dies.

Herr Friedrich wünscht um Auskunft, ob die Streuobstwiese im Eigentum der LGE verbleibt.

Herr Pichotzke erläutert, dass diese Fläche zur Erhaltung von Bäumen mit einem Planzeichen gesichert wurde. Die LGE muss die dort bestehenden Obstbäume bestehen lassen. Des Weiteren ist die Fläche Baugrundstücken zugeordnet. Eine Bebauung ist hier nicht zulässig, so dass in der Wahrnehmung diese Streuobstwiese den Grünzug verbreitet.

Herr Steinmüller macht darauf aufmerksam, dass eine Bepflanzung in den ausgewiesenen Gebieten möglichst zeitnah erfolgen sollte.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt:

Der Hauptausschuss beschließt den Abschluss des Erschließungsvertrages zum Bebauungsplan Nr. 77.11 „Alte Waisenstiftung“ zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und der LGE Landesgrunderwerb Mecklenburg – Vorpommern GmbH.

Der Übernahme der im Geltungsbereich des Bebauungsplanes belegenen Flächen (Verkehrs- und Ausgleichsflächen) im Umfang von ca. 25.645 m² in das Eigentum der Stadt wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 5.1 Entlastung der Rogahner Straße Vorlage: 00320/2015

Bemerkungen:

Herr Dr. Brauer bemerkt, dass die daraus resultierende Verkehrsverlagerung an anderen Ecken ebenfalls nicht besser sei als die momentane Belastung in der Rogahner Straße. Daher sei dies keine gute Alternative.

Herr Teubler macht darauf aufmerksam, dass sich der momentane Schwerlastverkehr von Görries nach Neumühle bewegt. Bei einer Entlastung der Rogahner Straße würde sich die Belastung in Neumühler Straße erhöhen. Laut Stellungnahme der Verwaltung sei eine solche Verlagerung des Verkehrs unzulässig. Der Schulzenweg wird jedoch nicht in der Stellungnahme erwähnt.

Herr Nottebaum teilt mit, dass es am Schulzenweg keinen LKW Verkehr gibt. Dieser Weg ist ausschließlich für die Anlieger befahrbar. Daher erübrigt sich ein Verbot an dieser Stelle.

Herr Friedrich erwähnt, dass es laut Ortsbeirat Görries zu einer erheblichen Verschlechterung der Rogahner Straße gekommen ist.

Herr Dr. Smerda weist daraufhin, dass dies derzeit noch überprüft wird. Laut bisherigen Werten besteht keine erhebliche Belastung für die Straße.

Frau Federau bemerkt, dass sich die Straße in einem desolaten Zustand befindet. Wenn die Straße saniert wird, muss sowieso eine Verlagerung des LKW Verkehrs erfolgen. Daher könne auch jetzt schon eine Entlastung der Rogahner Straße erfolgen.

Herr Dr. Badenschier gibt zu bedenken, dass sich dann der Ortsbeirat Neumühle über die neue Belastung beschweren wird. Es sei ausreichend wenn der Ortsteil während der Neusanierung der Rogahner Straße diese Belastung zu tragen hat.

Herr Steinmüller weist daraufhin, dass eine Neusanierung der Rogahner Straße bald möglichst erforderlich sei. Bis dahin wäre ein Entgegenkommen durch eine Entlastung der Straße ratsam. Eine Umleitung durch die Neumühler Straße und Ludwigsluster Chaussee sei durchaus zu vertreten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt folgendes abzulehnen:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, bald möglichst bzw. spätestens vor Beginn der Sommerferien 2015 den Fahrzeugverkehr mit mehr als 3,5 Tonnen Gesamtgewicht in der Rogahner Straße und im Schulzenweg zu unterbinden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	1

zu 5.2 Modellversuch zur Nutzung von Pfandringen initiieren Vorlage: 00312/2015

Bemerkungen:

Herr Teubler bemerkt, dass es keine Garantie für einen Erfolg des Modellversuches gibt.

Herr Walther weist daraufhin, dass es sich hierbei um einen Versuch handelt. Daher ist ein Ergebnis noch offen. Es ginge hierbei vor allem um die Würde des Menschen.

Herr Forejt erwähnt, dass dieser Vorschlag in Ordnung wäre, wenn die Stadt kein finanzielles Problem hätte.

Frau Federau macht darauf aufmerksam, dass dieser Modellversuch auch nicht in der Stadt Köln zu einem Erfolg geführt hat. Die Stadt hat daher den Versuch wieder eingestellt. Außerdem sei es laut Vorlage schwierig die Abfallbehälter der Pfandringe zu entsorgen.

Frau Wilczek bemerkt, dass hierbei kein Vergleich mit anderen Städten erfolgen sollte. Es gäbe mehrere unterschiedliche Modelle von Papierkörben bzw. Abfallbehältern. Der Aufwand der Handhabung oder Leerung mit Pfandringen ist nicht bekannt. Daher kann auch die Abfallentsorgung noch nicht abschließend beurteilt werden.

Herr Teubler gibt zu bedenken, dass das einsetzen von zunächst nur 2 Pfandringen am Anfang zu gering sei. Es gibt nicht nur Schwerpunkte im Stadtinneren.

Herr Bremer weist daraufhin, dass die neuen Behälter mit einem größeren Volumen eine Unfallquelle für Behinderte darstellen können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt folgendes abzulehnen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der SDS einen Modellversuch zur Nutzung so genannter Pfandringe an geeigneten öffentlichen Plätzen in der Landeshauptstadt Schwerin zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	2

zu 5.3 Aktualisierung des Behindertenstadtplanes Vorlage: 00313/2015

Bemerkungen:

Herr Block weist daraufhin, dass der Ersetzungsantrag seiner Partei vorrangig zu beurteilen ist als die anderen beiden Änderungs- bzw. Ersetzungsanträge.

Frau Boneß stellt die Stellungnahme der Verwaltung zu den jeweiligen Änderungs- bzw. Ersetzungsanträgen vor.

Herr Walther erläutert, dass der Ursprungsantrag seiner Partei ersetzt wurde, da dieser unpräzise ausgedrückt war.

Ziel der Partei ist es die Broschüre für Behinderte auf einen aktuellen Stand zu bringen. Dabei soll geprüft werden, inwieweit Förderungen durch das Jobcenter oder anderen Sponsoren möglich ist.

Herr Bremer bemerkt, dass eine 100 seitige Broschüre für Behinderte nicht geeignet ist. Eine Aktualisierung des Stadtplanes mit Piktogrammen sei völlig ausreichend.

Herr Dr. Badenschier hält einen übersichtlichen Plan für am besten. Laut Ersetzungsantrag seiner Partei solle auch geprüft werden inwieweit eine Förderung im Rahmen der Pflegesozialplanung und -steuerung im Bereich der Leistungs- und Infrastrukturangebote für behinderte Menschen möglich ist.

Herr Dr. Brauer erwähnt, dass laut Stellungnahme der Verwaltung eine derartige Förderung zu diesem Thema nicht möglich ist.

Herr Dr. Badenschier bemerkt, dass dies eventuell geändert werden könnte, wenn dieses Projekt umfangreicher gestaltet wird.

Frau Federau weist daraufhin, dass nach einer Möglichkeit gesucht werden sollte, die Aktualisierung des Behindertenstadtplanes möglichst kostenfrei zu halten.

Herr Walther macht darauf aufmerksam, dass bei Aktualisierung der Broschüre für Behinderte keine Kosten anfallen würden. Bei Aktualisierung des Stadtplanes würden jedoch Kosten anfallen.

Herr Bremer korrigiert dies. Da der Stadtplan in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird, könne bei der nächsten Aktualisierung die Piktogramme mit eingefügt werden. Dies würde keiner weiteren Kosten Bedarfen. Die Broschüre wäre viel zu umfangreich.

Herr Block erwähnt, dass die Broschüre für Touristen besser geeignet sei. Außerdem seien die Stadtpläne von Privaten betrieben, wie zum Beispiel dem Stadtmarketing. Daher würde bei einer Änderung des Stadtplanes auch Kosten anfallen.

Herr Nottebaum ist sich zur Reihenfolge der Abstimmung und Gewichtung der jeweiligen Ersetzungs- bzw. Änderungsanträgen. Möglicherweise können die entsprechenden Parteien und der Behindertenbeirat noch einmal eine gemeinsame Vorlage erstellen.

Herr Walther befürwortet dies.

Es wird sich darauf verständigt, dass die Vorlage im nächsten Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr noch einmal besprochen wird.

Beschluss:

Wiedervorlage im nächsten Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 5.4 Gesamtkonzept Lankower See - Ordnungsgemäße Beschlusslage
herbeiführen
Vorlage: 00323/2015**

Bemerkungen:

Herr Friedrich stellt die Vorlage vor. Es wurde im Jahr 2011 der Antrag zur Erstellung eines Konzeptes für den Lankower See gestellt. Dieses wurde daraufhin erstellt und im Ortsbeirat vorgestellt. Allerdings wurde dieses Konzept nicht in den Gremien vorgestellt und beschlossen. Um eine vernünftige Grundlage für das erstellte Konzept zu haben, sollte diese nun nachträglich durch eine ordnungsgemäße Beschlusslage herbeigeführt werden.

Herr Nottebaum informiert darüber, dass das Konzept unter Mitteilung der Verwaltung damals bei der Oberbürgermeisterin vorgestellt wurde. Dort wurde das entsprechende Konzept befürwortet. Wenn das Konzept jetzt noch einmal in den Gremien vorgestellt werden soll, kann es passieren, dass das Konzept als veraltet angesehen wird und eines erstellt werden muss.

Herr Dr. Badenschier bemerkt, dass ein Votum der Stadtvertretung trotzdem sinnvoll wäre.

Herr Nottebaum gibt zu bedenken, dass es bei der Vorlage eher um Streitigkeiten von Baumfällungen sowie des Radweges am Lankower See geht.

Herr Teubler erwähnt, dass es trotz des beschlossenen Konzeptes noch gewisse Freiräume eingeräumt werden können.

Herr Friedrich korrigiert dass es hierbei nicht um Streitigkeiten gehen soll. Es ginge vielmehr darum, dass das Konzept aufgrund keiner ordnungsgemäßen Beschlusslage von vielen Bürgern nicht realisiert wurde.

Frau Federau wünscht zu erfahren, ob es zu rechtlichen Konsequenzen kommen kann wenn das Konzept nicht ordnungsgemäß beschlossen worden ist.

Herr Nottebaum verneint dies.

Herr Teubler gibt zu bedenken, dass die Neuerstellung eines Konzeptes mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden wäre.

Herr Dr. Badenschier bittet um Auskunft, ob das durchgeführte Verfahren zu dem Konzept vor drei Jahren richtig war oder ob dieses damals nicht in den Gremien hätte vorgestellt werden müssen.

Herr Nottebaum bestätigt, dass das Konzept damals in den Gremien hätte vorgestellt werden müssen. Aber dieses nun drei Jahre später dort vorzustellen würde nur zu Diskussionen führen.

Herr Dr. Brauer bemerkt, dass das was in von dem Konzept bisher umgesetzt wurde eine gute Entwicklung ist und dies beibehalten werden sollte.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt folgendes abzulehnen:

1. Der mit den Mitteilungen der Oberbürgermeisterin zur Sitzung der Stadtvertretung am 30.1.2012 zur Kenntnis gegebene und durch die SDS erstellte Entwurf für ein Gesamtkonzept Lankower See wird mit einem ordentlichen Verwaltungsverfahren in die Stadtvertretung eingebracht. Dabei wird dargestellt, wie die geplanten Maßnahmen finanziell abgesichert sind, ob und mit welchem Ergebnis eine Prüfung auf Förderfähigkeit erfolgte und wie Pflege und Unterhaltung der Maßnahmen gewährleistet werden können.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, sicherzustellen, dass bis zu einer ordnungsgemäßen Beschlussfassung einer Gesamtkonzeption Lankower See durch die Stadtvertretung keine weiteren Eingriffe und Maßnahmen im Bereich des Lankower Sees erfolgen, es sei denn, sie sind durch andere Beschlüsse der Stadtvertretung gedeckt (z.B. Mahd von Wasserpflanzen an Badestellen). Insbesondere sollen jegliche Gehölzfällungen unterbleiben, so sie nicht durch akute Gefährdungslagen notwendig werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	4

zu 5.5 Erhalt der Hochhäuser Rostocker Straße 5, 6 und 7 Vorlage: 00306/2015

Bemerkungen:

Herr Dr. Brauer informiert über ein Telefonat mit Herr Schmidt. Dieser wünscht eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr und dem Sozialausschuss zu dem Tagesordnungspunkt. Es soll vorerst hierüber diskutiert werden. Er selbst hält eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse für nicht sinnvoll.

Die anderen Ausschussmitglieder schließen sich dieser Meinung an. Daher wird festgehalten, dass keine gemeinsame Sitzung mit dem Sozialausschuss zu dem Tagesordnungspunkt gewünscht ist.

Zum eigentlichen Tagesordnungspunkt bemerkt Herr Teubler, dass kein Erhalt der beiden Hochhäuser erfolgen sollte, jedoch eine Umsiedlung der Gewerbetreibenden an einen anderen Standort berücksichtigt werden sollte.

Herr Walther schließt sich dieser Meinung an.

Herr Dr. Brauer macht darauf aufmerksam, dass sich die WGS nur durch Entscheidungen der Politik in der jetzigen wirtschaftlichen Lage befindet. In Schwerin besteht keine Wohnungsnot, sodass es wirtschaftlich sinnvoller wäre, wenn die beiden Hochhäuser abgerissen werden.

Herr Dr. Badenschier bestätigt, dass man der WGS entsprechenden Freiraum lassen sollte. Allerdings sei ein kleinteiliger Wohnraum notwendig. Es bestehe zwar keine Wohnungsnot aber es gibt viele leerstehende Gebäude in der Stadt. Daher sollte die Fläche weiter entwickelt werden.

Herr Friedrich hält eine Neugestaltung der Gebäude für notwendig, da sich diese zum jetzigen Zeitpunkt in einem sehr schlechten Zustand befinden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt folgendes abzulehnen:

1.
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die im Eigentum der WGS Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH stehenden Gebäude Rostocker Straße 5, 6 und 7 nicht abgerissen werden.
2.
Die Hochhäuser sollen auch weiterhin im direkten bzw. indirekten Eigentum der Landeshauptstadt Schwerin verbleiben.
3.
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, welche alternativen Fördermittel neben den bereits beantragten Mitteln für den Stadt-Umbau-Ost für eine weitere Nutzung durch die WGS Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH bzw. Umbau beantragt werden können (altengerechte, behindertengerechte Wohnungen, Studentenwohnungen).
4.
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob ein Verkauf aller oder einzelner Hochhäuser in der Rostocker Straße eine Alternative ist.
5.
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt sicher zu stellen, dass die Mieter rechtzeitig über weitere Schritte informiert und in die Entscheidungen einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	9
Enthaltung:	0

zu 6

Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Forejt berichtet über eine Beschwerde eines Bürgers zu einer Verkehrsproblematik in Schelfwerder. Der enge Buchenweg wird oft durch Wohnmobile befahren. Er wünscht zu erfahren, ob der Verwaltung hierüber etwas bekannt ist.

Herr Nottebaum teilt mit, dass die Verwaltung vor einem Jahr bezüglich Baufahrzeugen vor Ort war. Der Bürger möge sich bitte an die Stadtverwaltung wenden, damit diese das Problem prüfen kann.

Herr Bremer macht darauf aufmerksam, dass Gehwege vermehrt durch Werbeschilder für Behinderte nur schwer zu überqueren sind. Dieses sollte häufiger durch die Verwaltung kontrolliert werden.

Herr Nottebaum bestätigt, dass dies häufiger kontrolliert werden soll. Außerdem wird geprüft, inwiefern Geldbußen bei Nichteinhalten der Vorschriften geahndet werden können.

gez. Dr. Hagen Brauer

Vorsitzende/r

gez. Monika Fender

Protokollführer/in